

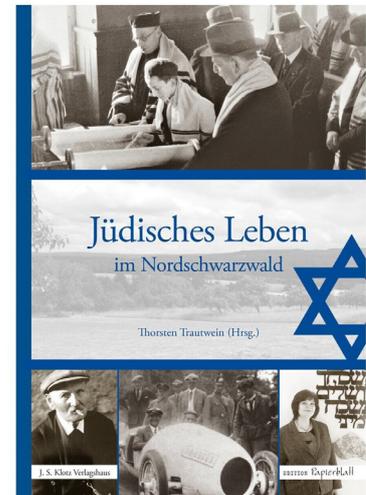
4.1 Juden gegen das Hakenkreuz – Vom Abwehrkampf zu Widerstand in und aus Pforzheim

Brigitte und Gerhard Brändle | Seite 485–507

Impressum

Titel: Jüdisches Leben im Nordschwarzwald
Herausgeber: Thorsten Trautwein
Ewald Freiburger, Alexandre Goffin und
Jeff Klotz von Eckartsberg
J. S. Klotz Verlagshaus GmbH
Schloss Bauschlott
Am Anger 70 | 75245 Neulingen
www.klotz-verlagshaus.de

Satz und Umschlag: Harald Funke
Endkorrektur: Hildegard Bente
Bearbeitung der digitalen Version für www.papierblatt.de:
Marit Roller, Timo Roller,
Stefan Buchali (www.morija.de)



Das Werk ist in allen Teilen urheberrechtlich geschützt.
Weitere rechtliche Informationen siehe www.papierblatt.de/jlnsw

2. überarbeitete Auflage (digital) © J. S. Klotz Verlagshaus GmbH, 2022 ISBN: 978-3-948968-45-8
Alle Rechte vorbehalten. Informationen über Bücher aus dem Verlag unter
www.klotz-verlagshaus.de

Quellenangabe:

Brigitte und Gerhard Brändle, Juden gegen das Hakenkreuz – Vom Abwehrkampf zu Widerstand in und aus Pforzheim, 1918–1944, in: Thorsten Trautwein (Hg.), Jüdisches Leben im Nordschwarzwald, Edition Papierblatt Bd. 2, 2., überarb. Aufl.-digital, Neulingen 2023, S. 485–507; www.papierblatt.de/jlnsw/juedisches-leben-nordschwarzwald-4-1-braendle.pdf



4.1 Juden gegen das Hakenkreuz – Vom Abwehrkampf zum Widerstand in und aus Pforzheim, 1918–1944

Brigitte und Gerhard Brändle

Abwehrkampf von und in politischen Parteien 1918/19

In der Weimarer Zeit schwankt die Zahl der in Pforzheim lebenden Menschen jüdischen Glaubens zwischen 770 und 1.000. Bei ca. 80.000 Einwohnern ist das ca. ein (!)

Prozent der Bevölkerung.¹ Wie viele Menschen mit jüdischen Wurzeln, aber längst assimiliert und meist evangelisch geworden, in Pforzheim leben, ist nicht bekannt. Ab 1933 ist den Nazis das tatsächliche religiöse Bekenntnis egal, getauft gilt ihnen nichts, der Stammbaum zählt.

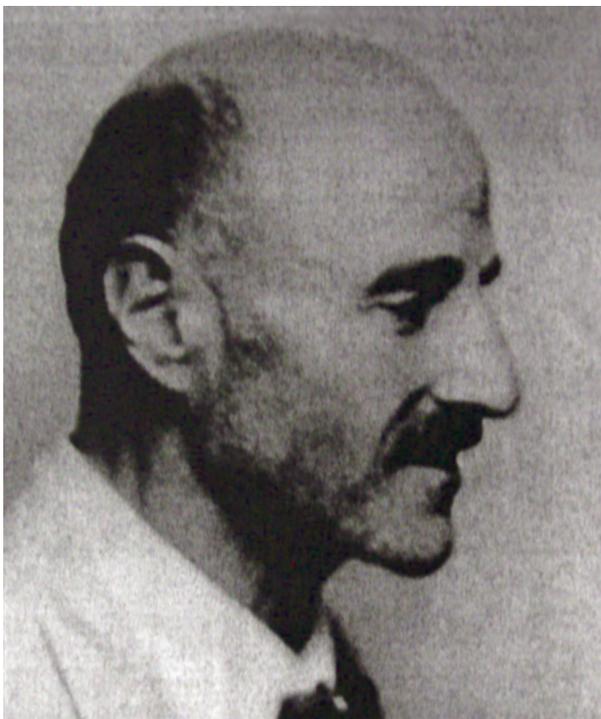


Abb. 1: Dr. Julius Schnurmann, Pforzheim, nach 1945.

Quelle: Wiedergutmachungsakte Schnurmann, General-
landesarchiv Karlsruhe.

Im November 1918 übernehmen mit dem Kriegsende und der Flucht des Kaisers in die Niederlande überall *Arbeiter- und Soldatenräte* (ASR) vorläufig die Macht. Im *Arbeiter- und Soldatenrat* in Pforzheim, der in der Turnhalle des Turnvereins 1834 tagt, sind mit den Rechtsanwälten Dr. Josef Kander von der Fortschrittlichen

Volkspartei, der späteren Deutschen Demokratischen Partei (DDP), und Dr. Julius Schnurmann von der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) zwei Mitglieder der jüdischen Gemeinde vertreten.²

Schon Ende November 1918 müssen sich die Juden in Pforzheim gegen antisemitische Angriffe – vor allem in der Lokalzeitung *Pforzheimer Anzeiger* – wehren. Dr. Kander kritisiert die Darstellung eines von Juden ans Kreuz geschlagenen Weltkriegsgenerals Ludendorff und bezeichnet den verantwortlichen Redakteur als „rasenden Antisemiten“.³

Im Mai 1919 hängen an Hauswänden in Pforzheim Plakate mit der Unterschrift „Feme der Daleg“. Es heißt dort: „Erkennt den wahren Feind! Wir werden von den Juden belogen und betrogen!“ Die „Feme der Daleg“ ist ein rechtsradikaler Geheimbund. Ähnliche Plakate tauchen zur selben Zeit in Leipzig und München auf, versehen mit dem Hakenkreuz. Der *Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens*, Ortsgruppe Pforzheim (CV) wendet sich in einer Zeitungsanzeige gegen diese antisemitische Hetze.⁴ Der CV ist 1893 gegründet worden als Reaktion auf den erstarkenden Antisemitismus im Kaiserreich und sieht seine Hauptaufgabe in der Abwehr von Angriffen auf die staatsbürgerliche und gesellschaftliche Gleichberechtigung der Juden.

Die christlichen Kirchen und die meisten politischen Parteien schweigen. Nur die SPD bzw. ihr Landtagsabgeordneter Stockinger (aus Pforzheim) erklären sich gegen die antisemitische Hetze: „Ich möchte darauf hinweisen, daß der *Deutsche Schutz- und Trutzbund* im Gymnasium [gemeint ist das Reuchlin-Gymnasium] durch Zettel eine wüste antisemitische Hetze betreibt. Es wird ungeniert zu Gewalttätigkeiten gegen Juden aufgefordert“.⁵

Die „Goldenen Zwanziger“ – Gegen die wachsende Bedrohung

Im März 1920 erscheint im *Völkischen Beobachter* – noch bevor diese Zeitung zum Organ der NSDAP wird – ein Leitartikel mit der Überschrift: „Macht ganze Arbeit mit den Juden!“ mit der Forderung, „[...] das jüdische Ungeziefer mit eisernem Besen auszufegen“. Es heißt dort: „Maßnahmen wären z. B. Einführung von Judenlisten in jeder Stadt. Sofortige Entfernung der Juden aus allen Staatsämtern, Zeitungsbetrieben,

Schaubühnen, Lichtspieltheatern usw. Damit die beschäftigungslosen Semiten nicht insgeheim wühlen und hetzen können, wären sie in Sammellager zu verbringen.“⁶

Damit ist das Programm formuliert, das ab 1933 verwirklicht wird:

- Erfassung in sog. „Judenlisten“⁷,
- Berufsverbote, Ausschaltung aus dem Wirtschaftsleben,
- Unterbringung in Lagern,
- Ausrottung des „Ungeziefers“ – siehe Schädlingsbekämpfungsmittel Zyklon B, ab 1941 eingesetzt im fabrikmäßig organisierten Massenmord.

Zwei Monate später, im Mai 1920, werden Schaufenster in Pforzheim mit Zetteln beklebt mit der Aufschrift „Kauft nicht bei Juden!“ Sie nehmen den Boykott von Geschäften jüdischer Inhaber am 1. April 1933 vorweg und verlangen letztlich die Verdrängung von Juden aus dem Wirtschaftsleben. Wieder nimmt nur die SPD öffentlich Stellung gegen die antisemitische Propaganda: „Wenn die deutschnationalen Hetzpolitiker glauben, uns Arbeiter aufputschen zu können, so beweisen sie damit ihre groteske Gedankenlosigkeit. Wucherer, Schieber und Schwindler sind in allen Konfessionen und Rassen vertreten“.⁸

Im Oktober 1923 kleben wieder Zettel mit der Aufforderung „Kauft nicht bei Juden!“ an Türen und Schaufenstern jüdischer Geschäfte in Pforzheim. Wieder schweigen die bürgerlichen und sich christlich nennenden Parteien, wieder ergreift nur die SPD-Zeitung *Freie Presse* das Wort gegen die Hetzer: „Die Arbeiterschaft will für den wenigen Lohn, den sie erhält, möglichst viele gute Ware erhalten. Wer daher in der Lage ist, die werktätige Bevölkerung mit preiswerten Bedarfsartikeln zu versorgen, ist ihr willkommen, mag es ein Christ, Jude oder Heide sein.“⁹

1926 meldet die *Freie Presse*, auf dem jüdischen Friedhof seien Grabsteine mit Hakenkreuzen besudelt worden. Wieder ist es nur die *Freie Presse*, die diese antisemitische Aktion öffentlich macht und die Untätigkeit der Polizei kritisiert.¹⁰ Das Engagement von Dr. Julius Schnurmann bei der SPD hat also einen guten Grund. Er war schon ab 1914 Mitglied der SPD, 1919 und dann von 1922 bis 1926 war er Stadtverordneter für die SPD im Pforzheimer Rathaus. 1933 muss er nach Frankreich fliehen.

Ebenfalls SPD-Mitglied ist Louis Landkutsch, er steht 1930 auf einer Wahlvorschlagsliste der SPD. Am 22. Oktober 1940 steht sein Name auf der Deportationsliste ins Lager Gurs in Südfrankreich, 1942 auf der Liste ins Vernichtungslager Auschwitz, seine Frau Betty muss dasselbe Schicksal erleiden. Der Sohn Bernhard kann 1938 nach Palästina fliehen.

Ende 1931 treten mehr als zwei Drittel der Pforzheimer Mitglieder der Sozialistischen Arbeiter Jugend (SAJ), der Jugendorganisation der SPD, aus der SPD aus. Das sind mehr als 40 Personen. Sie sind mit dem Kurs der Parteiführung und deren Zustimmung zum Bau von Panzerkreuzern nicht einverstanden. Einige Tage später gehen sie zur neugegründeten Sozialistischen Arbeiterpartei (SAP). Diese versteht sich als Versuch, eine Einheitsfront gegen die drohende faschistische Gefahr herzustellen, nach Karl Schroth eine „Brücke, um die beiden antifaschistischen Parteien SPD und KPD durch die dritte Kraft im Kampf gegen Hitler näherzubringen“. Zu diesen Sozialisten gehören Kurt Baruch, Willi Blum und Hans Pollak, die vom jüdischen Wanderbund *Kameraden* zur SAJ gekommen waren. Der Elektromonteur Kurt Baruch demonstriert am 16. Juli 1932 in einer gemeinsamen Aktion von SAP und KPD gegen die Nazis mit der Parole „Wenn wir zusammensteh'n, müssen Hitler und Papen stempeln geh'n.“

Kurt Baruch flieht vor 1939 mit seinen Eltern nach Palästina, wo er beim Aufbau eines Kibbuz mithilft. Seine beiden Geschwister bleiben in Pforzheim zurück. Gestapo-Männer holen sie am Morgen des 22. Oktober 1940 aus der Wohnung in der Ebersteinstraße und deportieren sie und weitere 193 Menschen aus Pforzheim in das Internierungslager Gurs



Abb. 2: Demonstration am 16.07.1932 gegen den Nationalsozialismus. Kurt Baruch ist links vor der Fahne zu sehen.

Quelle: Karl Schroth, B. und G. Brändle überlassen.

in Südfrankreich. Die Schwester Liselotte wird im Vernichtungslager Auschwitz ermordet. Der Bruder Helmut wird am 31. August 1942 nach Auschwitz und am 10. Februar 1945 in das Konzentrationslager Buchenwald deportiert, er „stirbt“ dort am 18. Februar 1945.

Ebenfalls von den *Kameraden* über die SAJ kommt Werner Reinheimer zur SAP. Auch er demonstriert am 16. Juli 1932 gegen die Nazis. Reinheimer spricht bei Versammlungen für die SAP, tritt beim Kabarett *Die Roten Trommler* auf und gerät so ins Visier des politischen Gegners. Im Sommer 1932 erhält er Morddrohungen und wie Salomon Sigmann imitierte Fahrkarten mit dem Aufdruck „Ab nach Jerusalem!“

Ab Februar 1933 wird die SAP in die Illegalität gedrängt, ihre Presse verboten. Reinheimer bekommt „Besuch“ von der Gestapo und wird für kurze Zeit festgenommen, da die Nationalsozialisten bei ihm Gelder der illegalen Partei und Druckmaschinen vermuten. Seine geschäftlichen Kontakte und Auslandsreisen nutzt er für Kurierdienste zur SAP-Zentrale in Paris. Im Frühjahr 1935 verlässt Werner Reinheimer seine Heimat Richtung Brasilien, da seine Existenz als Reisender in Sachen Schmuck zunehmend verunmöglicht wird.

2019 wünschte seine Enkelin Patrizia Reinheimer ausdrücklich, aber vergebens, dass ihr Großvater auf einem Stolperstein als „jüdischer Widerstandskämpfer“ bezeichnet wird. Er ist nicht der einzige Nazi-Gegner, dem die Identität als Jude abgesprochen wird, ganz so, als ob Juden sich nicht gegen die Nazis gewehrt hätten.



Abb. 3: Demonstration am 16.07.1932 gegen den Nationalsozialismus. Werner Reinheimer ist vorne rechts zu sehen.

Quelle: Karl Schroth, B. und G. Brändle überlassen.

„Deutsche Staatsbürger jüdischen Glaubens“ aktiv für die Republik

Das Parteienspektrum der Weimarer Zeit ist für Juden bzw. Menschen mit jüdischem Familienhintergrund eingeschränkt: Die DNVP (Deutsch-Nationale Volks-Partei) positioniert sich gegen die angebliche Vorherrschaft der Juden in Deutschland und schließt 1921 Juden und Menschen mit einem jüdischen Elternteil aus der Partei aus. Die DVP (Deutsche Volks-Partei) nimmt nur konvertierte Juden auf. Das Zentrum ist katholisch geprägt und deshalb für jüdische Menschen kaum wählbar.

Übrig bleiben – neben der SPD bzw. SAP und KPD – die DDP, die Deutsche Demokratische Partei, eine linksliberale Partei, die 1927 erklärt: „Der Antisemitismus ist eine unmoralische Bewegung, weil er an die niedrigsten Instinkte appelliert, eine bestimmte Schicht von gleichberechtigten Staatsbürgern lediglich wegen ihrer Abkunft von vornherein als minderwertig hinstellt [...] [weil er] die Juden, die noch nicht 1 Prozent der Bevölkerung ausmachen, verantwortlich machen will für alles Unheil, das über uns in letzter Zeit hereingebrochen ist [...]“¹¹



Abb. 4: Emil Levinger (links) bei einer Sitzung des „städtischen Kriegsausschusses“ des Bürgerausschusses 1917, rechts neben ihm die Stadtverordneten Schumacher und Grosselfinger und der Sekretär Mack (Fotoausschnitt).

Quelle: Foto Becker, o. J., in: Gustav Ramp und Oskar Webel, Pforzheim im Weltkrieg, seine Söhne und Helden: Ein Gedenkbuch mit Ehrentafel der Opfer und des Anteils der Stadt Pforzheim im Weltkrieg, hrsg. Donatus Weber, Pforzheim 1915, S. 236, Badische Landesbibliothek, <https://digital.blb-karlsruhe.de/blbihd/content/pageview/1193441?query=Levinger> (13.03.2021).

Frühe Mitglieder der DDP waren Friedrich Naumann und Max Weber, auch Walter Rathenau (1922 von Nazis ermordet), der Friedensnobelpreisträger von 1927 Ludwig Quidde, der 1933 in die Schweiz fliehen musste, und der spätere Bundespräsident Theodor Heuss. Dieser wollte 1932 in seinem Buch *Hitlers Weg* eine ernsthafte Gefahr für die deutschen Juden nicht erkennen und empfahl den Juden Zurückhaltung in

ihrem Abwehrkampf, „[...] da Schweigen wirksamer wäre als gegenbeweisende Empfindlichkeit.“¹²

Auch in Pforzheim engagieren sich Juden bzw. Menschen mit jüdischem Familienhintergrund in der DDP: Emil Levinger, Fabrikant in Pforzheim, ist schon 1914 bei der Fortschrittlichen Volkspartei und 1922 bis 1926 Stadtrat für die DDP. 1933 muss er wie Hermann Kahn die Handelskammer verlassen. Er flieht 1935 über Großbritannien in die USA.

Ebenfalls Mitglied der DDP ist Julius Strauß; von 1922 bis 1930 ist er Stadtverordneter für die DDP im Pforzheimer Rathaus. In der jüdischen Gemeinde ist er Vorstand des Synagogenchors. Er stirbt am 30. Juni 1938 in Pforzheim.

Dr. Rudolf Kuppenheim ist 1918 noch Mitglied der Deutsch-Nationalen Volks-Partei (DNVP) und wechselt dann zur liberalen DDP. Schon um die Jahrhundertwende war er Mitglied der *Evangelischen Landeskirche* und auch als *Kirchengemeinderat* in Pforzheim gewählt worden. Er war der erste Frauenarzt in Pforzheim und baute die Geburtshilfestation im Krankenhaus Siloah auf. Er half 19.000 Pforzheimer Neugeborenen, das Licht der Welt zu erblicken. 1933 wird er entlassen, in seiner Privatpraxis darf er nur noch „Nicht-Arier“ behandeln. 1938 wird ihm seine Zulassung als Arzt entzogen. Nach der Ankündigung der Deportation am 22. Oktober 1940 nehmen er und seine Frau Lily Gift. Sie sterben am folgenden Tag (s. Kap. 2.1, S. 91,111).

Wie ihr Vater waren die Söhne Felix und Hans Soldaten im Krieg für ihr „Vaterland“. Sie fliehen rechtzeitig. Der Vetter Hugo Kuppenheim, ebenfalls Soldat im Weltkrieg, wird 1938 zur Flucht in den Tod getrieben. Greta Stengel geb. Kuppenheim, die Schwester von Rudolf Kuppenheim, überlebt das Konzentrationslager Theresienstadt. Hildegard Kuppenheim, die Nichte von Rudolf Kuppenheim, ermorden die Nazis 1942 im Vernichtungslager Auschwitz.



Abb. 5: Dr. Rudolf Kuppenheim als Stabsarzt im Lazarettendienst während des Ersten Weltkriegs (1914–1918).

Quelle: Stadtarchiv Pforzheim.

1933: Jüdische Nazi-Gegner auf der Flucht

Hans Simon, ebenfalls Mitglied der DDP, ist Syndikus des Arbeitgeberverbands in Pforzheim. Nach einem Aufruf von ca. 300 Nazis „in bedrohlicher Haltung“ vor seinem Haus kommt er kurzfristig in sog. „Schutzhaft“. Im Dezember 1933 kann er nach Johannesburg/Südafrika fliehen. 1936 wird er dort Mitbegründer der *Unabhängigen Kulturvereinigung* (UKV), einem Zusammenschluss deutschsprachiger Hitler-Gegner. Die UKV ist die Vertretung von 15.000 jüdischen Flüchtlingen aus dem „Reich“. 1937 hält er in Johannesburg zur Unterstützung der Volksfront-Bemühungen gegen die Nazis einen Vortrag mit dem Titel „Für Wahrheit, Freiheit und Menschlichkeit“. Dieser wird in Exilzeitungen abgedruckt, u. a. in der in Moskau erscheinenden Zeitschrift *Das Wort*, deren Redaktion u. a. Bert Brecht, Willi Bredel und Lion Feuchtwanger angehören. Ab 1939 erreicht er bei den südafrikanischen Behörden, dass die aus Deutschland Geflohenen nicht als „feindliche Ausländer“ in Internierungslager eingesperrt werden. Er ist auch Mitglied des *Pen-Clubs Südafrika* und im Vorstand der *Gesellschaft von Juden und Christen*.



Abb. 6: Lore Posner/Laura Perls, ohne Jahr.

Quelle: Stadtarchiv Pforzheim, <https://www.pforzheim.de/stadt/ehrenbuerger-persoenlichkeiten/beruehmte-persoenlichkeiten/dr-lore-laura-perls.html>. (13.03.2021).

William Posner, Besitzer einer Schmuckwaren-Fabrik, ist ebenfalls Mitglied der DDP. Die Nazis verschleppen ihn am 3. Oktober 1942 von Berlin ins Konzentrationslager Theresienstadt. Das Todesdatum ist der 11. Januar 1943.

Seine Tochter Lore Posner, später Laura Perls, schließt sich zu Beginn der 1930er-Jahre in Berlin der Antifaschistischen Aktionseinheit an, einem – leider zu späten und gescheiterten – Versuch, die Arbeiterparteien SPD und KPD zu einer Einheitsfront gegen die faschistische Gefahr zu bewegen. Da sie und ihr Mann sofort nach dem 30. Januar 1933 gesucht werden, flieht sie zuerst zu ihren Eltern nach Pforzheim und dann mit ihrem Mann weiter nach Südafrika. Laura und

Fritz Perls arbeiten als Psychoanalytiker und entwickeln gemeinsam die Gestalttherapie (s. Kap. 5.1).

Abwehrkampf des *Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens* (CV) und des *Reichsbundes jüdischer Frontsoldaten* (RJF) in Pforzheim

Neben der Mitarbeit in den Parteien SPD und DDP, die sich gegen Antisemitismus wenden, sind jüdische Pforzheimer im schon genannten CV aktiv. Die Ortsgruppe Pforzheim tritt 1919 zum ersten Mal an die Öffentlichkeit. Zur Landtagswahl im Oktober 1929 steht in der *CV-Zeitung* ein Aufruf gegen die NSDAP: „Darum am 27.10. jede jüdische Stimme gegen die Nationalsozialisten“.¹³ Zu den Reichstagswahlen 1930 erscheint ein Plakat des CV, das die von der NSDAP ausgehende Gefahr konkret beschreibt: „Blut“, „Hetze“, „Terror“.¹⁴

Publikationen des CV, herausgegeben vom „Büro Wilhelmstraße“, wie z. B. die Schrift *Anti-Nazi* klären auf über die NSDAP, ihre Führungspersönlichkeiten, ihre Finanzierung, die Lügen ihrer Propaganda, die Gefahr, die sie für Deutschland darstellen. Solche Schriften werden an Journalisten, Politiker und Lehrer verteilt. Bis 1933 beläuft sich die Gesamtzahl der gedruckten Exemplare auf Hunderttausende. Der CV arbeitet eng zusammen mit dem Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, einer der SPD nahestehenden Massenorganisation zur Verteidigung der Republik gegen die faschistische Gefahr.



Abb. 7: Plakat des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens, 1930.

Quelle: Wiener Library, London, https://www.karlsruhe.de/b1/stadtgeschichte/blick_geschichte/blick122/widerstand.de (13.03.2021).

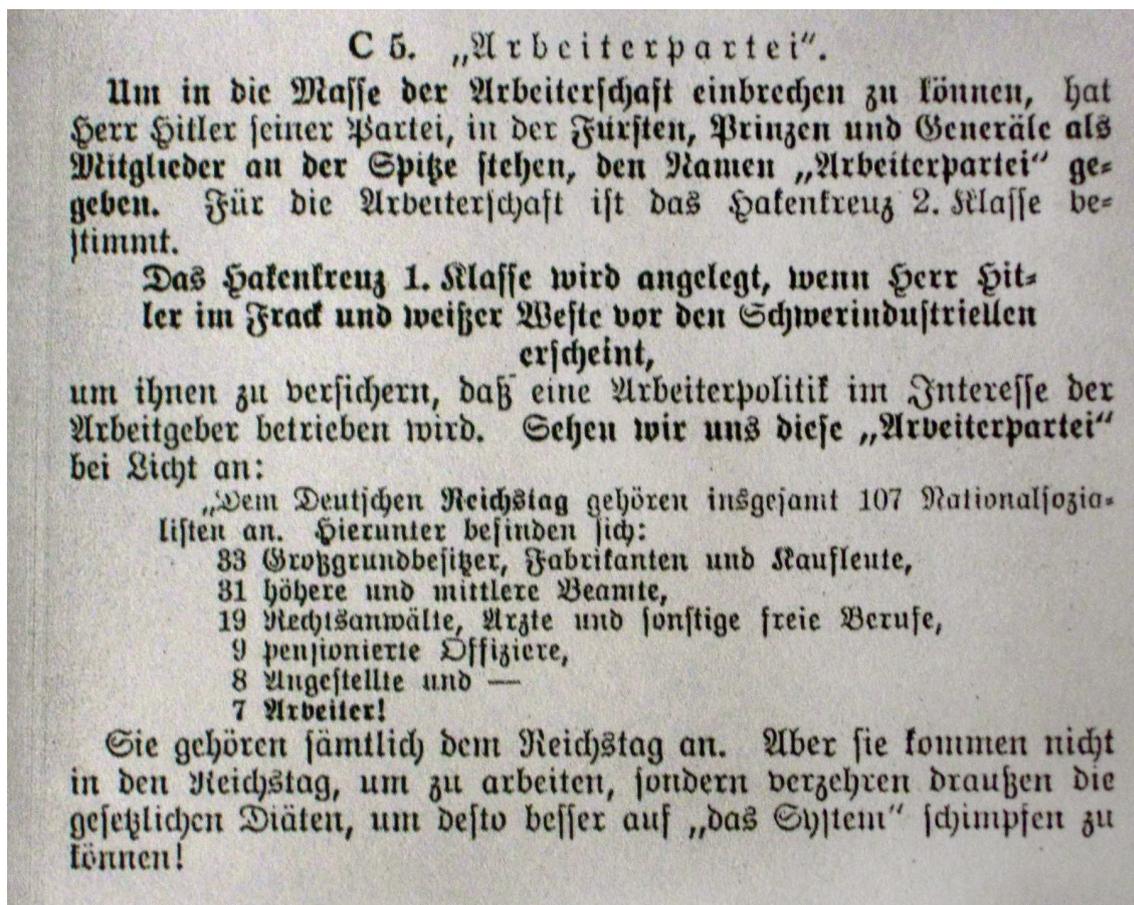


Abb. 8: Der „Anti-Nazi“ veröffentlicht 1933 die Berufe der Reichstagsabgeordneten der NSDAP, Faksimile.

Quelle: Arnold Paucker, *Deutsche Juden im Kampf um Recht und Freiheit*, Frankfurt 2003, S. 139.

Der *Anti-Nazi* veröffentlicht die Berufe der NSDAP-Reichstagsabgeordneten, um die Behauptung zu widerlegen, die NSDAP sei eine „Arbeiterpartei“: Unter den 107 Abgeordneten sind genau sieben Arbeiter.¹⁵

Die *CV-Zeitung* veröffentlicht, dass Salomon Sigmann, der Inhaber eines Wäschegeschäfts an der Ecke Zerrenner- und Leopoldstraße in Pforzheim, zwei fingierte Fahrkarten „nach Jerusalem“ erhält mit einem Schreiben eines angeblichen Vereins für systematische Juden-ausrottung, Zweigstelle Pforzheim, zugestellt am 31. Juli 1932, dem Tag der Reichstagswahl. Dort heißt es: „Der Viehtransport beginnt morgen Abend [...]. Wenn alle Juden dann beisammen sind in Jerusalem, wird vom Flugzeug aus, Adolf Hitler eine Ansprache halten. Es empfiehlt sich, Gasmasken mitzunehmen, da dann die Möglichkeit nicht aus-

geschlossen ist, dass von Seiten der Regierung Hitler hunderte von Flugzeugen über Jerusalem schwärmen und dann, wenn das auserwählte Volk Gottes alles beisammen ist, einen Gas Luftangriff macht. Wir greifen zu dem Radikalmittel der planmäßigen Juden-ausrottung“ (Anm.: Fehler im Original).¹⁶

Alles, was die Nazis ab 1933 Zug um Zug in die Tat umsetzen werden, ist in dieser Vernichtungsfantasie schon vorhanden: Juden sind keine Menschen, sondern Tiere; Juden werden deportiert; der Transport zur Vernichtung geschieht in Viehwaggons; das Vernichtungsmittel ist Gas; der Massenmord ist geplant; das Ziel ist die tatsächliche Vernichtung, die Ausrottung.

Die Ergebnisse bei den Reichstagswahlen in Pforzheim ab 1924 belegen seit Mai 1928, insbesondere das Ergebnis am 5. März 1933 mit 57,5 Prozent für die NSDAP, dass das antisemitische Programm der Nazis in Pforzheim von einer Mehrheit unterstützt wird.

Der *Reichsbund jüdischer Frontsoldaten* (RJF) veröffentlicht schon 1920 ein Plakat gegen den Vorwurf des mangelnden Patriotismus der deutschen Juden im Weltkrieg. Von den fast 100.000 deutschen Juden, die im Weltkrieg meinten, für ihr „Vaterland“ zu kämpfen, fielen 12.000. Ab 1933 interessiert es die Nazis wenig, wer sein Leben für sein „Vaterland“ aufs Spiel gesetzt hatte. Für jüdische Frontkämpfer gab es aufgrund des *Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums*, das die Entlassung aller „nichtarischen“ Beamten vorsah, einen ein- bis zweijährigen „Aufschub“ vor dem Berufsverbot. Betroffen waren in Pforzheim die Lehrkräfte Fritz Martin Ascher am Hilda-Gymnasium, Max Bodenheimer am Reuchlin-Gymnasium und Simon Bloch an der Friedrich-Oberrealschule, dem heutigen Hebelgymnasium.

Stimmen für die NSDAP bei Reichstagswahlen		
	Deutsches Reich	Pforzheim
Mai 24	1.918.310 = 6,5 %	1.787 = 4,6 %*
Dezember 24	906.946 = 3,0 %	615 = 1,5 %
Mai 28	809.771 = 2,6 %	986 = 2,8 %
September 30	6.401.210 = 18,3 %	8.587 = 19,4 %
Juli 32	13.745.700 = 37,3 %	21.430 = 48,9 %
November 32	11.712.983 = 33,1 %	19.271 = 44,9 %
5. März 33	17.263.823 = 43,9 %	27.923 = 57,5 %
*(Völkisch-Sozialer Block)		
Zahlen nach amtlichen Statistiken (Schroth/Zier)		

Abb. 9: Wahlergebnisse der Reichstagswahlen für die NSDAP im Deutschen Reich und in Pforzheim, 1924–1933.

Quelle: B. und G. Brändle, in: DGB Kreisverband Pforzheim, Susanne Nittel (Hg., Dokumentation / Katalog zur Ausstellung. 2. Mai 1933 – Zerschlagung der Gewerkschaften, Pforzheim 2013, S. 7.



Abb. 10: Vom Reichsbund jüdischer Frontsoldaten 1920 herausgegebenes Flugblatt als Antwort auf die Anschuldigungen fehlenden Patriotismus’.

Quelle: https://de.wikipedia.org/wiki/Reichsbund_j%C3%BCdischer_Frontsoldaten#/media/Datei:1920_poster_12000_Jewish_soldiers_KIA_for_the_fatherland.jpg (13.03.2021), gemeinfrei.

Der Schild, die Zeitschrift des RjF, bringt 1924 eine Sondernummer gegen antisemitische Vorwürfe heraus. Diese belegt, dass die deutschen Staatsbürger jüdischen Glaubens früh erkannten, welche Gefahr von den Nazis droht: Noch ist in der Überschrift „Waren wir Drückeberger?“ der Blick rückwärts gerichtet auf die Widerlegung des Vorwurfs, die Juden hätten sich vor dem Militärdienst gedrückt. Obwohl der Kampf mit dem Schwert



martialisch aussieht, handelt es sich um eine rein geistige „Waffe im Abwehrkampf“, nämlich die „Wahrheit“ – so steht es auf der Klinge. Der Gegner ist gekennzeichnet: die Giftschlange mit dem Hakenkreuz. Im Oktober 1933 protestiert der RjF, Orts-

Abb. 11: Sonderausgabe der Wochenzeitung des Reichsbundes jüdischer Frontsoldaten „Der Schild“ zur Zurückweisung des Vorwurfs der „Drückebergerei“ im Ersten Weltkrieg.

Quelle: Georg Marcus (Hg.), Reichsbund jüdischer Frontsoldaten, 1932, Rechte: Deutsches Historisches Museum, Berlin.

gruppe Pforzheim, gegen antisemitische Inserate im *Pforzheimer Anzeiger* mit der Formulierung „Denk Deutsch! Kauf Deutsch! Nicht beim Juden!“ Der *RJF* protestiert auch dagegen, dass bei dieser Zeitung eine Anzeigensperre für jüdische Firmen besteht. Der *RJF* hat über 50.000 Mitglieder in über 500 Ortsgruppen, angeschlossen ist der Sportbund *Der Schild*. Der *RJF* war auch in Pforzheim aktiv, auch über 1933 hinaus: Bis 1935 sind immer wieder Spiele der Fußballmannschaft *Der Schild Pforzheim* erwähnt, 1936 wird dem *RJF* jegliche politische Betätigung untersagt. 1937 richtet *Der Schild Pforzheim* die baden-württembergischen Leichtathletik-Meisterschaften auf dem Sportplatz an der Wilferdinger Straße aus sowie im Herbst ein Fußballturnier und ein Damen-Handball-Spiel. Die Weiterführung des *Schild* ist ein Beleg für dessen Selbstbehauptungswillen. Die letzte Meldung über seine Existenz in Pforzheim stammt vom 4. September 1938, zwei Monate vor der Zerstörung der Synagoge an der Zerrennerstraße.¹⁷

Protest und Widerstand ab 1933

Am Samstag, dem 1. April 1933, führt die NSDAP die erste offen antisemitische Aktion in Deutschland durch, den Boykott von Ladengeschäften, deren Besitzer den jüdischen Gemeinden angehören. In Pforzheim stehen SA-Männer in Uniform z. B. vor dem Kaufhaus Schocken in der Westlichen, nach der „Arisierung“ Merkur, später Horten und heute Galeria Kaufhof, mit Schildern wie „Dies ist ein jüdisches Geschäft“, „Geschlossen, da abgereist nach Palästina“ oder „Deutsche, kauft nicht bei Juden!“

David Krämer, ein Überlebender des Holocaust, der in der Blumenstraße wohnte, schreibt über einen Vorfall, der sich an diesem Vormittag am Schlossberg vor dem Fotogeschäft Rödelsheimer ereignet hat (s. Kap. 2.8, S. 277):

„Bei einem jüdischen Photographen [...] war auch ein junger SA-Mann als Posten abgestellt. Dieser Photograph war [...] nicht gewillt, die Dinge tatenlos hinzunehmen. Angetan mit seinen Kriegsorden setzte er sich in das Schaufenster und lockte eine große Menschenmenge an. Im Schutz der Menge fanden nun einige den Mut zu sagen: ‚Da steht so ein Rotzjunge von SA-Mann, der allenfalls die Windeln nassmachen konnte, als dieser Mann im Felde war und sich seine Orden verdiente‘ [...].“ Und weiter: „Die Situation verschärfte sich, als hinzukommende SA-Leute drohten, alles kurz und klein



Abb. 12: Nationalsozialisten organisieren den Boykott gegen das Fotogeschäft Rödelsheimer, Bildausschnitt, April 1933.

Quelle: Stadtarchiv Pforzheim, <https://www.pforzheim.de/stadt/stadtgeschichte/stadtarchiv/schatzkammer/artikel-aus-2013/april-2013.html> (10.03.2021).

zu schlagen, wenn dieser Mann nicht seinen selbstgewählten Sitzplatz verließ. Der bedrohte Photograph verließ zwar den Platz hinter dem Schaufenster, gab sich aber noch nicht geschlagen. Nach einer Weile kehrte er zurück und befestigte an der Innenseite des Fensters eine bunte Postkarte, auf der Kinder verschiedener Menschenrassen abgebildet waren, Reigen tanzend. Darunter stand: ‚Wir sind alle Kinder eines Gottes‘. Die Kleinheit der Karte verursachte ein Gedränge zum Fenster; jeder wollte das Bild genau betrachten. Bild und Text wurden von allen spontan verstanden. Der Photograph hatte mit seinem anschaulichen Appell an die Brüderlichkeit einen kleinen Sieg errungen.“¹⁸

Das Fotogeschäft wird 1937 „arisiert“. Die Nazis verschleppen Max Rödelsheimer im Oktober 1940 in das Lager Gurs in Südfrankreich und 1942 ins Vernichtungslager Auschwitz (s. Kap. 2.8, S. 277).

Vom Flüchtling zum Fluchthelfer

Fritz Schnurmann ist Arzt und Mitglied der jüdischen Gemeinde. Er darf ab Ende März 1933 keine Kassenpatienten mehr behandeln. Als Gegner der Nazis hilft er mit, die nur postkartengroße illegale Druckschrift *Man flüstert in Deutschland ... Die besten Witze über das dritte Reich*, die er 1934 von einem Ärztekongress in der Schweiz mitgebracht hat, heimlich zu verteilen. Er wird 1935 denunziert, verhaftet und vom Volksgerichtshof in Mannheim wegen „Heimtücke“ zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Mit ihm werden weitere VerteilerInnen dieser Schrift verurteilt: Hermann Bischoff, Mitglied der SPD und der *Naturfreunde*, zu acht Monaten Gefängnis, Wilhelmine Dietz zu drei Monaten und ihre Tochter Klara zu zehn Monaten.

Da Fritz Schnurmann nach der Entlassung aus der Haft im Februar 1936 im „Reich“ seine Familie nicht versorgen kann, flieht er im Oktober 1936 nach Portugal. Frau und Töchter sind „nichtjüdisch“, also noch nicht gefährdet, sie bleiben in Stuttgart. Fritz Schnurmann muss in Lissabon noch einmal – in portugiesischer Sprache – studieren, da seine Zeugnisse nicht anerkannt werden. Im September 1939 kommt die Familie nach Lissabon, da die Nazis die Waldorfschule, die die Töchter besuchen, geschlossen haben. Im Mai 1940 beendet er sein Studium mit seiner zweiten Doktorarbeit mit dem Titel *Zur phänomenologischen Methode Goethes, angewandt auf Struktur und Aussehen des Menschen*. Er eröffnet eine Praxis in der Praca das Amoreiras 45 in Lissabon. Über seine Tätigkeit als Fluchthelfer gibt es aus dem Jahr 1941 eine Notiz: Das Ehepaar Täubler-Stern, „nicht-



Abb. 13: Titelbild „Man flüstert in Deutschland ...“

Quelle: Ernst Friedrich (Hg.), *Man flüstert in Deutschland ... Die besten Witze über das dritte Reich*, Paris/Prag 1934.



Abb. 14: Fritz Schnurmann, unbekannter Ort, nach 1945.

Quelle: Gottfried Neumann, B. und G. Brändle überlassen.



Abb 15: Hermann Reinheimer als Soldat 1914–1918, unbekannter Ort.

Quelle: Patrizia Reinheimer, B. und G. Brändle überlassen.

arische“ Historiker aus Berlin, können nach der Schließung der Hochschule für das Judentum nicht mehr arbeiten und müssen den „Judenstern“ tragen. Sie gelangen auf ihrer Flucht aus Europa nach Lissabon. Ihre Kontaktadresse dort, wo Flüchtlinge Geld und Nachrichten erhalten, ist Fritz Schnurmann. Mit seiner Hilfe gelingt dem Ehepaar Täubler-Stern die Flucht in die USA.

Am Morgen des 10. November 1938 stellt sich Hermann Reinheimer, der Vater des bereits genannten Werner Reinheimer, in Erster-Weltkriegs-Uniform schützend vor seine Synagoge an der Zerrennerstraße, um ihre Zerstörung zu verhindern. Sein Sohn Werner berichtete 1989 in einem Gespräch: „Er wurde mit dem Gewehrkolben niedergeschlagen, sodass er erblindete, und in den Kanal geworfen.“ Ein Arzt, dessen Name leider unbekannt ist, rettet Hermann Reinheimer aus dem Mühlkanal. Mit Hilfe ihres 1935 nach Brasilien geflohenen Sohnes Werner verlassen die Eltern Hermann und Mina Reinheimer 1939 ihre Heimatstadt Pforzheim.

1933 sperren die Nazis den Goldschmied Edgar Ginsberger in das Konzentrationslager Heuberg, da bei seinem Vater eine Schreibmaschine gefunden wird, mit der er – so der Gestapo-Bericht – „kommunistische Flugschriften“ hergestellt habe. Nach seiner Freilassung flieht er nach Großbritannien. Im November 1936 geht er zu den *Internationalen Brigaden zur Verteidigung der spanischen Republik* gegen den Militärputsch Francos. Am 7. Januar 1937, bei der Verteidigung Madrids, ermorden ihn die Francisten. Er wird auf dem Friedhof in Madrid-Fuencarra begraben. 1939 schänden die Francisten den Ehrenfriedhof für die Kämpfer der *Internationalen Brigaden*, vernichten die Gräber und planieren das Gelände. Erst 1981 lässt der sozialistische Madrider Bürgermeister die Gedenktafel von 1937 wieder aufstellen. Edgar Ginsberger ist einer von über 6.000 jüdischen Kämpfern in den *Internationalen Brigaden*. Im August 2017 beschmierern Nazis das Denkmal mit Hakenkreuzen, dem Davidstern und dem Schriftzug „Mörder“.



Abb. 16: Gedenktafel auf dem Ehrenfriedhof für die gefallenen Kämpfer der Internationalen Brigaden, Madrid.

Quelle: Neue Rheinische Zeitung, 17.10.2020.

Ida Hartl ist Krankenpflegerin, Mitglied der KPD und mütterlicherseits – nach den rassistischen Begriffen der Nazis – „Halbjüdin“. Aufgrund ihrer „nazifeindlichen Einstellung“, so das Nazi-Zitat im Antrag auf Wiedergutmachung, wird sie 1936 in Pforzheim von den Nazis verhaftet. Ihre weiteren Stationen sind das Zuchthaus Bruchsal, das Frauen-Konzentrationslager Lichtenburg und das Frauen-Konzentrationslager Ravensbrück. Von 1942 bis Juli 1944 ist sie im Konzentrationslager Auschwitz, anschließend bis zum 13. März 1945 wieder im Frauen-Konzentrationslager Ravensbrück. Nach der Befreiung erfahren sie und ihre drei Kinder vom Tod ihres Ehemannes und Vaters Ludwig Hartl im Konzentrationslager Lublin-Majdanek.

Richard Schlesinger, Sohn eines Schmuckfabrikanten in Pforzheim, bietet ab Ende der Zwanzigerjahre in Berlin das Parfüm „Akasha“ in Berliner Homosexuellenzeitschriften an. 1933 muss er seinen Parfümhandel aufgeben, 1936 verurteilt ihn ein Nazi-Gericht

wegen „Äußerungen über wirtschaftliche, innen- und außenpolitische Verhältnisse“ zu 15 Monaten Gefängnis. Nach der Entlassung aus der Haft 1938 sperren ihn die Nazis ins KZ Dachau mit der Einordnung in die Häftlingskategorie „Arbeitszwang Reich, Jude“. In einer reichsweiten Razzia verhaftet die Kriminalpolizei sog. „Arbeitsscheue“ und „Arbeitsverweigerer“, darunter viele Juden, denen die Nazis – wie Richard Schlesinger – zuvor die Existenzgrundlage entzogen haben. Zwei Monate später verschleppen sie ihn ins KZ Buchenwald, wo er am 3. August 1940 „stirbt“.



Abb. 17: Fred Josef, Würzburg, vor 1937.

Quelle: Walter Zimmermann, B. und G. Brändle überlassen.

Fred Josef ist in Würzburg aufgewachsen und nach den Rassebegriffen der Nazis „Halbjude“. „Halbjude“ ist er durch seinen jüdischen Vater, der im November 1938 ins KZ Buchenwald deportiert wird und 1939 in die Niederlande fliehen kann. Fred Josef wird 1936 zum ersten Mal in Würzburg verhaftet. Nach seiner Freilassung ist er ab 1937 in Pforzheim und arbeitet als Apotheker. Er opponiert durch sein Engagement für die katholische Pfadfinderschaft St. Georg an der Herz-Jesu-Kirche gegen die Hitlerjugend. 1941 wird er wegen „Weiterführung einer verbotenen Jugendorganisation“ zu einer einjährigen Gefängnisstrafe verurteilt. Nach seiner Rückkehr nach Würzburg und einer erneuten Verhaftung kommt er mit einem

Sammeltransport deutscher Juden ins KZ Auschwitz, wo er an einer Rippenfellentzündung verstorben sein soll.

Die Nazis verschleppen Lilli Braun (*1925) und Edith Rosenblüth (*1919) am 22. Oktober 1940 zusammen mit 193 weiteren Menschen jüdischer Religionszugehörigkeit aus Pforzheim in das Lager Gurs. Beide werden von Hilfsorganisationen aus dem Lager gerettet und in Kinderheimen untergebracht. Nach dem Beginn der Razzien im Som-

mer 1942 müssen sie sich, ausgestattet mit richtigen falschen Papieren (Edith Rosenblüth wird zu „Solange Fournier“), verstecken. 1943 schließen sie sich in Lyon einer hauptsächlich aus österreichischen Antifaschistinnen und Antifaschisten bestehenden Résistance-Gruppe an, deren Mitglieder sie zum Teil aus dem Lager Gurs kennen. Sie sind beteiligt an der Herstellung und Verteilung von Flugblättern gegen die Nazi-Besatzer. Sie lassen an belebten Stellen der Stadt, an denen sich auch Soldaten der Wehrmacht aufhalten, Flugblätter liegen, werfen sie über Mauern von Kasernen und nehmen in Bars, Restaurants oder Geschäften auch Kontakt mit Soldaten auf, um sie zur Desertion zu bewegen.

Henriette Dreifuß ist 1924 in Pforzheim geboren, wächst in Mannheim auf, flieht mit ihren Eltern nach Frankreich, arbeitet 1941 in dem Kinderheim Pouponnière des jüdischen *Kinderhilfswerkes OSE* in Limoges und muss im Sommer 1942 ebenfalls vor den Razzien der Vichy-Polizei und der SS fliehen. Sie erhält richtige falsche Papiere auf den Namen „Marguerite Barbe“ und schließt sich in Lyon einer Résistance-Gruppe an. Henriette Dreifuß und Lilli Braun erleben in Lyon 1944 die Befreiung.



Abb. 18: Lilli Braun, unbekannter Ort, nach 1945.

Quelle: Unbekannt.



Abb. 19: Henriette Dreifuß, wahrscheinlich in Limoges, ca. 1941.

Quelle: Unbekannt.



Abb. 20: Edith Rosenblüth, Pforzheim, vor 1940.

Quelle: Annsophie Schmidt, B. und G. Brändle überlassen.

Edith Rosenblüth dagegen wird in Lyon verhaftet, kann fliehen und schlägt sich mit ihren Freunden 1943 nach Wien durch. Dort schließt sie sich einer Widerstandsgruppe an, wird 1944 verhaftet, von der Gestapo verhört, ins KZ Auschwitz gebracht und am 1. Dezember 1944 als „jüdische Kommunistin“ ins Frauen-KZ Ravensbrück verschleppt. Zwei ebenfalls gefangene Ärztinnen entfernen ihr die Häftlings-Nummer aus Auschwitz vom Unterarm und stattdessen sie mit Papieren einer verstorbenen französischen Frau aus. Sie kann so unentdeckt im Chaos des überfüllten Lagers überleben und gehört am 22. April 1945 zu einer Gruppe von „Französinen“, die im Rahmen der Aktion Bernadotte (Graf Folke Bernadotte, Vizepräsident des *Internationalen Roten Kreuzes*) über das KZ Neuengamme nach Schweden gebracht werden. Nach der Be-

freiung am 8. Mai 1945 geht sie als „Französin“ nach Paris und dann nach Wien, um – so im Bericht des Sohnes – „ein demokratisches Österreich mit aufzubauen“.

Fazit

Zweierlei ist festzuhalten:

1. Bis 1933 fehlen die bürgerlichen Parteien DNVP (Christliche Volkspartei), DVP, Evangelischer Volksdienst und die katholisch orientierte Zentrumspartei, wenn es um die Verteidigung jüdischer Menschen bzw. deren Einrichtungen geht, ebenso die großen christlichen Kirchen. Noch mehr: 1931 schließen alle Parteien im Pforzheimer Rathaus außer SPD und KPD eine Koalition mit der NSDAP und machen sie damit salonfähig.

Nur das liberale und linke Spektrum verteidigt jüdische Menschen bzw. deren Einrichtungen gegen Angriffe der Nazis und bietet ihnen eine politische Heimat.

2. Die lokal begrenzte Studie belegt, dass sich Juden keineswegs „wie Schafe zur Schlachtbank“ (Jesaja 53,7) führen ließen: Sie haben sich vor 1933 in und mit den entsprechenden Parteien der Weimarer Republik dem Antisemitismus entgegenstellt. Die parteipolitische Orientierung ist eindeutig: Fünf sind Mitglieder der DDP, drei der SPD, drei der SAP und zwei der KPD. Sie leisteten ab 1933 auch in der Illegalität Widerstand, sei es in der SAP oder der KPD. Sie stellten sich – wie Friedrich Schnurmann und Fred Josef – zusammen mit anderen Nazi-Gegnerinnen und -Gegnern der NS-Propaganda entgegen. Einzelne wie Max Rödelheimer 1933 oder Hermann Reinheimer 1938 protestierten öffentlich gegen den Antisemitismus. Der jüdische Kommunist Edgar Ginsberger kämpfte in Spanien gegen die Militärputschisten unter Franco und die Nazi-Söldner-Truppe Legion Condor für die Republik. Nach Frankreich verschleppte bzw. geflohene junge Frauen schlossen sich der Résistance an.

Noch nicht erforscht ist, ob sich unter den Hunderttausenden Juden in den Streitkräften der Anti-Hitler-Koalition und den Widerstandsbewegungen in den überfallenen Ländern weitere jüdische Menschen aus Pforzheim befanden. Es gibt noch zu tun in der Forschung und in der Wahrnehmung sowie Würdigung des jüdischen Widerstands.

Und heute?

Jüdisches Leben in Pforzheim und darüber hinaus ist wieder bedroht. Nicht erst seit 2020 und den Anschlägen in Halle und Hanau werden Menschen und Einrichtungen angegriffen: 1978 wird das Mahnmal für die zerstörte Synagoge an der Zerrennerstraße beschmiert; 1988 werden Grabsteine auf dem jüdischen Friedhof in Königsbach umgeworfen, in den folgenden Jahren mehrfach auch auf dem jüdischen Friedhof in Pforzheim; 2009 kleben an einem Kiosk und einer Kirche Zettel mit dem Aufdruck „Dromneduj“, also umgedreht „Judenmord“ und auf dem jüdischen Friedhof in Pforzheim werden erneut Grabsteine aus der Verankerung gerissen; 2018 sind eine Kapelle bei Ersingen und Gebäude in Büchenbronn, Ispringen, Nußbaum und Pforzheim mit Hakenkreuzen, David-Sternen und Parolen wie „Willkommen in Auschwitz“ beschmiert. Im

Mai 2019 hängt die Nazi-Partei Die Rechte nicht nur in Pforzheim Plakate auf mit den Slogans „Israel ist unser Unglück!“ und „Wir hängen nicht nur Plakate!“ Die *Jüdische Gemeinde* beteiligt sich an der Demonstration gegen einen Aufzug dieser Nazi-Partei in Pforzheim am 11. Mai 2019. Der Wahlkampf-Bus dieser Nazi-Partei spielt vor der Synagoge an der Emilienstraße Tonaufnahmen einer mehrfach verurteilten Holocaust-Leugnerin ab. Die *Jüdische Gemeinde* protestiert gegen die antisemitischen Plakate – zusammen mit VertreterInnen des DGB, der Grünen, der Dekanate der beiden christlichen Großkirchen, der Linken, der SPD und Zeitzeugen des Nazi-Terrors wie Bernhard Elsäßer und Hans-Martin Schäfer. Polizeibeamte verhindern am 13. Mai 2019 das Abhängen der Hetzplakate. Stadtverwaltung, Staatsanwaltschaft und Generalstaatsanwaltschaft bleiben untätig gegen Volksverhetzung, Judenhass und Holocaust-Leugnung. Die *Jüdische Gemeinde* lässt nicht locker: Der Beschluss des Oberlandesgerichts Karlsruhe im Februar 2020 zwingt die Generalstaatsanwaltschaft dazu, Ermittlung wegen Volksverhetzung aufzunehmen – im April 2021 noch ohne Ergebnis.



Abb. 21: Demonstration des Bündnisses „Pforzheim nazifrei!“ und der „Initiative gegen Rechts“ gegen den Aufmarsch der Nazi-Partei „Die Rechte“, Pforzheim, 11.05.2019.

Quelle: Tape Lago, <https://beobachternews.de/2019/05/17/roter-teppich-fuer-neonazis/> (10.03.2021).

2020 sieht es so aus, als ob manches Düstere überwunden sei: antisemitische, rassistische, frauen- und gewerkschaftsfeindliche Parteien wie die NPD, die Republikaner und die AfD waren in Bonn bzw. sind in Berlin und den meisten Landesparlamenten isoliert. Noch gibt es nur allenfalls punktuelle Zusammenarbeit in Parlamenten mit der AfD. Zudem zeigen sich erfreuliche Entwicklungen wie die Konstituierung des Rates der Religionen, in dem verschiedene Religionen bzw. Konfessionen der abrahamitischen Religionsgemeinschaften zusammenarbeiten, darunter auch die *Jüdische Gemeinde*. In der „Initiative gegen Rechts“ engagieren sich Attac, Gewerkschaften, das Kommunale Kino, die christlichen Kirchen, Parteien wie die Grünen, die Linke und die SPD, Pax Christi, der Stadtjugendring, die Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes – Bund der Antifaschisten und die sozialistische Jugend Die Falken.

Anmerkungen

- 1 Gerhard Brändle, *Jüdische Mitbürger der Stadt Pforzheim*, Pforzheim 1985, S. 8.
- 2 Karl Schroth, *Die entscheidenden Jahre*, Pforzheim 1974, S. 19.
- 3 Ebd., S. 20.
- 4 Ebd., S. 138.
- 5 Ebd., S. 137.
- 6 *Völkischer Beobachter*, 10.03.1920.
- 7 Auch heute sind solche Forderungen wieder zu hören. Im November 2014 hat ein Vertreter der Neo-Nazi-Partei Die Rechte im Dortmunder Gemeinderat eine solche Liste gefordert, aufgeschlüsselt nach Stadtbezirken; vgl. *Die Welt*, 11.12.2014. Am 9. November 2016 hat eine Neo-Nazi-Gruppe in Berlin eine Karte mit jüdischen Einrichtungen ins Netz gestellt mit der unmissverständlichen Aufforderung „Heut ist so ein schöner Tag!“; vgl. *Neues Deutschland*, 10.11.2016.
- 8 *Freie Presse*, 26.05.1920.
- 9 *Freie Presse*, 06.10.1923.
- 10 *Freie Presse*, 24.06.1926.
- 11 Werner Mosse, *Der Niedergang der Weimarer Republik und die Juden*, in: *Entscheidungsjahr 1932*, Tübingen 1966, S. 291.
- 12 *Spiegel*, 29.01.2008.
- 13 *CV-Zeitung*, 8. Jg. Nr. 42, 18.10.1929, S. 565.
- 14 Arnold Paucker, *Deutsche Juden im Kampf um Recht und Freiheit*, Frankfurt 2003, S. 134.
- 15 Ebd., S. 139.
- 16 Christoph Jahr, *Antisemitismus vor Gericht. Debatte über die juristische Ahndung judenfeindlicher Agitation in Deutschland (1879–1960)*, Frankfurt 2011, S. 275.
- 17 Wolfgang Roth, *Jüdischer Sport in Baden und Württemberg bis 1938*, in: <http://www.alemannia-judaica.de/images/Images%20337/WRoth%20Jued%20Sport%20BAW.pdf> (10.03.2021).
- 18 In: http://www.pfenz.de/wiki/Max_R%C3%B6delsheimer (10.03.2021).